Mitteilung des Bauamtes

zur Sitzung der BV Schildesche am 21.03.2019, TOP 4.1

Anfrage der CDU-Fraktion vom 12.03.2019 zum Sachstand des Beschlusses vom 12.05.2016 (TOP 5.2 / Umwandlung von Grünflächen in Bauland):

<i>Westerfeldstraße</i>	<i>Flurstück 2948, 2911</i>	<i>Grabeland</i>
<i>Westerfeldstraße</i>	<i>Flurstück 409</i>	<i>Zufahrt zum Parkplatz Schildescher Freibad</i>
<i>Westerfeldstraße</i>	<i>Flurstück 474</i>	<i>ehem. Parkplatz Schildescher Freibad</i>
<i>Westerfeldstraße</i>		<i>Fläche von der Johannisbach-Brücke</i>
		<i>Richtung der Straße „Untere Wende“</i>
<i>Röntgenstraße</i>		<i>Fläche straßenbegleitend an der Seite zum</i>
		<i>Grünzug</i>

Es wird ein Bericht erbeten, wie die derzeitige Sachlage ist und welche Maßnahmen die beauftragte Verwaltung durchgeführt bzw. eingeleitet hat, zumal die Landesregierung NRW den LEP modifiziert hat.

Antwort der Verwaltung:

Die Beschlusslage zur Flächenentwicklung war bereits mehrfach Thema in verschiedenen Sitzungen der Bezirksvertretung Schildesche:

Zu den einzelnen Standorten hat die Verwaltung schriftlich zur Sitzung am 01.09.2016 Stellung genommen. Dazu erfolgte auf Wunsch der Bezirksvertretung Schildesche (TOP 12) ein persönlicher Bericht der Verwaltung in der Sitzung am 24.11.2016 (TOP 7).

Es wurde aufgezeigt, dass die planungsrechtliche Beurteilung der Flächen derzeit nach § 35 BauGB (Bauen im Außenbereich) erfolgt und Entwicklungsoptionen über Bauleitplanung nur im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplanes weiterverfolgt werden können.

Auch über weitere fachliche Hinderungsgründe wurde informiert (z. B. gesetzliches Überschwemmungsgebiet nördlich Westerfeldstraße).

Eine weitere Anfrage der CDU-Fraktion für Bereiche nördlich und südlich der Westerfeldstraße wurde seitens der Verwaltung zur Sitzung am 02.03.2017 (TOP 4.3) zum Stand der Regionalplanung im Zusammenhang mit der Aufstellung von Bebauungsplänen schriftlich beantwortet. Es wurde deutlich, dass eine (Teil-) Flächenentwicklung nur perspektivisch im Zuge der Neuaufstellung des Regionalplanes weiterverfolgt werden kann. Derzeit widerspricht hier die Aufstellung von Bebauungsplänen der regionalplanerischen Zielsetzung.

Das Landeskabinett hat am 19.02.19 den Änderungsentwurf des Landesentwicklungsplanes (LEP) gebilligt und ihn dem Landtag zugeleitet. Eine rechtskräftige Verordnung liegt bislang nicht vor; nach Auskunft der Regionalplanungsbehörde / Bezirksregierung können die Änderungen daher noch nicht angewendet werden. Ob die darin enthaltene Erweiterung des Ausnahmetatbestandes für die Inanspruchnahme von bisher als Freiraum dargestellten, an Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) angrenzende Flächen für die Fläche südlich der Westerfeldstraße greifen kann, wird geprüft.

gez.

Mosig